

Kreisfusion in Südniedersachsen Gemeinsam sind wir stärker

Die freiwillige Fusion der beiden Landkreise Göttingen und Osterode ist beschlossene Sache. Wie das Projekt auf's richtige Gleis kam, zeichnet ein Beteiligter nach.

von Martin Worbes

Mitte November 2013 haben die Hauptverwaltungsbeamten der Landkreise Göttingen und Osterode und der niedersächsische Innenminister Pistorius den Zukunftsvertrag unterzeichnet. Damit ist ein wichtiger Schritt in Richtung Fusion der beiden Landkreise geschafft. Bis zum Fusionszeitpunkt im November 2016 ist nun die Verwaltung mit der Neugliederung ihrer Strukturen intensiv beschäftigt. Aber auch die Politik muss die Zeit nutzen, um gemeinsame Ziele festzulegen und ihre sehr unterschiedlichen Arbeitsweisen aneinander anzupassen. Als einfachstes Beispiel sei die Debattenkultur genannt, stark reglementiert in dem einen und mit nahezu unbegrenzter Redezeit im anderen Parlament. Ausgangspunkt für die Fusionspläne in Südniedersachsen war die allgemeine Strukturschwäche der ehemaligen „Zonenrandgebiete“, die sich in einer hohen pro Kopf-Verschuldung sowie einem überdurchschnittlichen Bevölkerungsrückgang manifestiert. Es ist zu erwarten, dass in den nächsten 25 Jahren diese Region ein Viertel ihrer Bevölkerung verlieren wird. Entsprechend werden die Schlüsselzuweisungen vom Land für die Erledigung der Landkreisaufgaben zurückgehen, gleichzeitig steigen die Ausgaben für Soziales, für den Erhalt der Infrastruktur, des Bildungsangebotes, kultureller Einrichtungen u.a.

Entsprechend großen Handlungsbedarf für eine kommunale Neustrukturierung sah der Staatsrechtler Hesse in seinem „Gutachten über Kommunalstrukturen in Niedersachsen“, in dem er in mehreren Regionen die Fusion von Landkreisen vorschlägt, darunter explizit die der Landkreise Göttingen, Osterode am Harz und Northeim. Mit einer solchen Umstrukturierung sind mehrere Ziele verbunden: Zum einen sollen größere Verwaltungseinheiten mit mehr Kompetenzen die immer komplizierter werdender Aufgaben besser und effizienter bewältigen können. Zum anderen geht es auch darum, die vorhandenen Strukturen an die sinkenden Bevölkerungszahlen anzupassen.

Erst drei, dann zwei

Der ursprüngliche seit langem in grünen Kreisen diskutierte Plan einer Fusion dreier Landkreise konnte leider nicht verwirklicht werden, da - anders als zu Beginn des Diskussionsprozesses absehbar - kurz vor dem entscheidenden Kreistagsbeschluss in Northeim doch keine Mehrheit bei SPD und Grünen gefunden werden konnte. Der Northeimer Landrat, dessen Amtszeit nach den Kommunalwahlen zum Zwecke der Fusionsverhandlungen außerplanmäßig um zwei Jahre verlängert worden war, hatte ebenfalls das Interesse an einer Fusion verloren und hat statt dessen lieber für eine weitere reguläre Amtszeit im eigenen kleinen Landkreis kandidiert.

Interessante Interessenkonstellationen

Während des Wahlkampfes zur Kommunalwahl 2011 waren die Pläne für die Fusion bereits ein bestimmendes und zwischen den Lagern von SPD und Grünen auf der einen Seite und der CDU auf der anderen Seite DAS differenzierende Thema. In allen drei Landkreisen haben vor diesem Hintergrund SPD und Grüne z.T. deutliche Mehrheiten bekommen. Nach der Wahl, als die Pläne konkreter wurden, bildeten sich kleine Bürgerinitiativen von Fusionsgegnern, die mit teilweise teuren Anzeigenkampagnen für einen Bürgerentscheid geworben haben. Politisch wurden sie dabei unterstützt von den Oppositionsparteien CDU, FDP, Linke, Freie Wählergemeinschaften und dem Mitglied der Piratenpartei im Göttinger Kreistag, einer sicherlich historisch einmaligen Interessenskoalition. In Göttingen und Northeim verfehlten die Bürgerbegehren jedoch bei weitem die notwendige Zahl an Unterschriften zur Durchführung eines Entscheides. In Osterode stand weniger die

Notwendigkeit einer Fusion zur Debatte, als vielmehr die Frage, ob man nicht lieber mit dem nördlich gelegenen Landkreis Goslar fusionieren sollte. Dort kam es zwar zum Bürgerentscheid, er verfehlte hier aber das notwendige Quorum für eine bindende Wirkung.

Die Bevölkerung bleibt gelassen

Deutlicher wurden die Gründe für das mangelnde öffentliche Interesse in einer qualifizierten Bürgerbefragung eines sozialwissenschaftlichen Institutes der Universität Göttingen. Die Mehrzahl der BürgerInnen in den Landkreisen Göttingen und Northeim hat danach mit einer Landkreisverwaltung nur wenige Berührungspunkte. Publikumsintensive Dienstleistungen, wie etwa KFZ-Anmeldungen werden grundsätzlich dezentral angeboten und schließlich ist die Identifikation mit der Gemeinde, der Stadt, dem Dorf in dem man wohnt, wesentlich höher als mit der eher abstrakten Verwaltungseinheit Landkreis.

Entsprechend verhalten war daher auch die öffentliche Reaktion nach dem erfolgten Fusionsbeschluss im Göttinger Kreistag, die sich sonst in monatelangen Leserbrief-Debatten in der regionalen Tageszeitung manifestiert, wie etwa über die Wahl von Bänken, Pflastersteinen oder Laternen in der frisch renovierten Göttinger Fußgängerzone. Sehr positiv wird die Fusion von der Industrie- und Handelskammer gesehen, die sich wirtschaftliche Impulse verspricht und ihre eigene Struktur bereits vor der politischen Fusion auf die neue Situation einstellt.

Zukunftsvertrag: Es geht vor allem ums Geld

Der jetzt unterschriebene Zukunftsvertrag regelt vor allem die finanzielle Seite der Fusion, die Höhe der Entschuldungshilfe für die beiden Landkreise (zusammen knapp 80 Millionen €), und er hält die Konsolidierungsmaßnahmen fest, die zu einem ausgeglichenen Haushalt im fusionierten Landkreis ab 2019 führen müssen.

Während in Niedersachsen über das Instrument eines Zukunftsvertrages eine ganze Reihe von Gemeinden den Weg der freiwilligen Haushaltsdisziplin beschritten haben (darunter die Stadt Göttingen) und es dabei auch zu einigen kleineren Fusionen zwischen Gemeinden gekommen ist, wird die südniedersächsische die einzige freiwillige Fusion zweier Landkreise sein, obwohl auch in anderen Regionen (Uelzen, Lüchow-Dannenberg-Lüneburg) darüber diskutiert wurde.

Auch in grünen Kreisen ist die mit der Entschuldungshilfe verbundene Notwendigkeit zur Haushaltsdisziplin nicht unumstritten. So beschränkt der Zukunftsvertrag den ohnehin minimalen Spielraum für die Vergabe von freiwilligen Leistungen auf 1.7 % des Gesamthaushaltes, was von einigen Mandatsträgern als übermäßige Einschränkung des Gestaltungsspielraums angesehen wird. Zumal im Haushalt des Landkreises Göttingen mindestens die Hälfte der freiwilligen Leistungen auf längere Sicht vertraglich festgelegt ist, und zwar für kulturelle Einrichtungen in der Stadt Göttingen. Andererseits führt gerade eine solche Beschränkung zu einer intensiven Diskussion über Prioritäten und zu der längerfristigen Betrachtungsweise, durch den Abbau von Schulden der zukünftigen Generation mehr finanziellen Spielraum für heute noch nicht absehbare Aufgaben zu belassen.

Als Hauptvorteil der Fusion sehen wir aber eine Stärkung des südniedersächsischen Raumes im Konzert der Regionen in Niedersachsen an. Wir erwarten, dass damit eine Region gestärkt wird, die in der Vergangenheit eher am Rande des Bundeslandes verortet war.

Martin Worbes ist Vorsitzender der grünen Kreistagsfraktion Göttingen.

Der Text erschien in der Fachzeitschrift für Alternative Kommunal Politik AKP 2/2014, S. 25. S. zum Thema auch den Beitrag „Ein munteres Tauziehen“ von Jürgen Bartz in AKP 6/2012, S. 30.